



HESSISCHER LANDTAG

12. 04. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

betreffend Moratorium für umfassende Sicherheitsprüfung auf europäischer Ebene nutzen und zukünftige Energieversorgung sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die als Folge der Naturkatastrophen in Japan eingetretenen besorgniserregenden Sicherheitsprobleme an den dortigen Kernkraftwerken müssen sehr ernst genommen werden. Sie haben zu großen Ängsten der Menschen in Deutschland geführt. Die Ereignisse in Japan geben daher Anlass, erneut die Sicherheitsstandards der Kernkraftwerke in Deutschland zu überprüfen. Der Landtag bekräftigt dabei die Position der Landesregierung, wonach die Sicherheit der Bevölkerung bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie weiterhin höchste Priorität genießt. Er teilt die Auffassung, dass es keinen Rabatt auf Sicherheit geben kann.
2. Der Übergangscharakter der Kernenergie als Brückentechnologie und der Ausstieg aus dieser Technologie sind politischer Konsens. Deutschland ist die einzige hochentwickelte Industrienation der Welt, die sich im Hinblick auf die friedliche Nutzung der Kernenergie bereits in der Ausstiegsphase befindet.
3. Der Landtag begrüßt das von Bundeskanzlerin Merkel veranlasste Moratorium. Dieses ist nötig, um in Verantwortung und auf der Basis von verlässlichen Fakten die notwendigen Weichenstellungen für eine zukünftige Energiepolitik vorzunehmen und dabei soziale, umweltbezogene und wirtschaftliche Zusammenhänge und mögliche Folgen einer Veränderung der Energieerzeugung herauszuarbeiten. Der Landtag erkennt an, dass im Rahmen der notwendigen Debatte um die weitere Zukunft der friedlichen Nutzung der Kernenergie und hinsichtlich der Prognosen über die Ergebnisse der bevorstehenden sicherheitstechnischen Neubewertungen aller KKW der Diskussionsstand innerhalb der hessischen Parteien unterschiedlich ist.
4. Der Landtag erneuert sein Bekenntnis zu einer sicheren, sauberen, bezahlbaren und ausreichenden Energieversorgung für Hessens Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen in Hessen. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik hat im Auge die Sicherheit der Bevölkerung, den Umweltschutz und den Wirtschaftsstandort Deutschland, der die Voraussetzung für viele Millionen Arbeitsplätze ist. Dazu gehören neben einem Energiemix in der Produktion auch die Energieeinsparung, der Netz- und Speicherausbau, die Sicherstellung der Energieversorgung für Wirtschaft und Verbraucher und die Gewährleistung bezahlbarer Energiepreise.
5. Der Landtag bekräftigt das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich zu steigern. Er spricht sich für die Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energieformen gemäß ihrer effizientesten Nutzungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb Hessens aus. Zur Integration der stark schwankenden regenerativen Energien in das allgemeine Stromversorgungsnetz erachtet er im Weiteren den landesweiten, vor allem aber bundesweiten und transeuropäischen Netzausbau als dringend notwendig.

6. Der Landtag hält es angesichts von 77 Kernkraftanlagen in Nachbarstaaten Deutschlands für geboten, Möglichkeiten zur Optimierung der Sicherheit von Kernkraftanlagen auf europäischer Ebene umzusetzen. Der Landtag sieht in der auf Betreiben der Bundeskanzlerin auf dem EU-Gipfel vom 25. März beschlossenen zusätzlichen Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke in Europa einen wichtigen Schritt, um die Sicherheitslage EU-weit zu verbessern.
7. Der Landtag begrüßt die Einberufung eines Energiegipfels durch den Ministerpräsidenten, um die wichtigen Fragen der zukünftigen Energieversorgung Hessens in möglichst breitem gesellschaftlichem Konsens zu beantworten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. April 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch